

Öffentliche Inhalte gehören ins Offene Netz

Eine kurze Geschichte

Man stelle sich vor, die Stadt Graz hängt wichtige Aushänge, wie Öffnungszeiten, Baustelleninfos, Kulturveranstaltungen oder Krisenhinweise, nur in Einkaufszentren auf. Wer dort kein Kunde ist, bleibt außen vor. Genau das passiert heute digital: Öffentliche Institutionen veröffentlichen zentrale Informationen vor allem auf kommerziellen Plattformen. Diese gehören internationalen Konzernen, unterliegen fremden Rechtsordnungen und sind somit **politischen sowie geopolitischen Interessen ausgesetzt**. In Zeiten internationaler Spannungen wird plötzlich sehr konkret, was sonst abstrakt klingt: **digitale Souveränität, demokratische Kontrolle und Abhängigkeit**.

Das **Fediverse** ist das digitale Gegenstück zum öffentlichen Raum: offen, dezentral und gehört niemanden allein. Wer dort publiziert, erreicht Menschen **ohne Plattformzwang, ohne Datenausbeutung und ohne Auslieferung an ausländische Machtinteressen**. Öffentliche Kommunikation gehört dorthin, wo Öffentlichkeit demokratisch organisiert ist: **in offene Netze**.

Warum das wichtig ist

1. **Demokratischer Zugang:** Öffentliche Information und der Ort des öffentlichen Diskurses im Netz dürfen nicht davon abhängen, ob Bürger:innen sich bei einzelnen Konzernen registrieren oder deren Geschäftsbedingungen akzeptieren.
2. **Kommunale Souveränität:** Wenn Städte ihre Kommunikation an internationale Plattformen auslagern, geben sie faktisch die Kontrolle über Reichweite, Sichtbarkeit und Dialog ab.
3. **Gesellschaftliche Verantwortung:** Kommerzielle soziale Netzwerke sind auf maximale Aufmerksamkeit optimiert. Das verstärkt nachweislich Stress, Polarisierung und psychische Belastungen, oft bis zur **Sucht**, besonders bei jungen Menschen. Öffentliche Stellen sollten solche Dynamiken nicht weiter befeuern, sondern **gesündere digitale Räume** stärken.

Das Fediverse ermöglicht Information und Dialog ohne algorithmischen Druck, Manipulation, Tracking oder Aufmerksamkeitswahn. Dammit entspricht es eher dem öffentlichen Auftrag einer Stadt.

Unsere zentrale Forderung an die Stadt Graz: Das +1-Prinzip

Öffentliche Institutionen investieren heute erhebliche Mittel in die Erstellung und Verbreitung von Inhalten auf geschlossenen Plattformen wie Instagram, Facebook oder LinkedIn. Es ist nicht akzeptabel, dass Bürger:innen Accounts bei kommerziellen Anbietern benötigen, um Zugang zu öffentlich relevanten Informationen zu erhalten und sich am digitalen öffentlichen Diskurs zu beteiligen.

Freie und offene Netzwerke stehen bereit.

Daher regen wir an, das **+1-Prinzip** verbindlich umzusetzen: Wenn Inhalte auf kommerziellen (Social-Media-)Plattformen veröffentlicht werden, sind diese Inhalte zusätzlich auch über eine offene, föderierte Plattform zugänglich zu machen. Da die Inhalte bereits erstellt sind **ist der zusätzliche Aufwand marginal**. Er beschränkt sich in der Regel auf die Veröffentlichung (die sich automatisieren lässt) und gegebenenfalls auf die Interaktion.

Augenmerk sollte dabei insbesondere auf folgendes gelegt werden:

- ähnliche **Postingfrequenz**
- vergleichbare **inhaltliche Tiefe**
- gleiches Aumaß an **Interaktion** mit Bürger:innen (Antworten, Dialog, Rückfragen)

Das +1 steht ausdrücklich **nicht** für rein abonnierbare Einwegformate wie Website oder RSS-Feeds allein. Diese sind sinnvoll – ersetzen jedoch keine **interaktive, öffentliche Kommunikation**.

Konkreter Vorschlag: Anpassung der Grazer Richtlinie für städtische Kommunikation

Ergänzung in § 4 (Städtische Bürger:inneninformation über Eigenmedien):

Im Sinne des +1-Prinzips ist sicherzustellen, dass, sofern für die Öffentlichkeitsarbeit digitale Plattformen oder soziale Netzwerke Dritter genutzt werden, diese Inhalte jedenfalls oder zusätzlich über ein offenes, dezentrales und interoperables Netzwerk veröffentlicht werden. Diese Netzwerke müssen auf offenen Standards basieren, unabhängig von einzelnen Plattformbetreibern sein und eine öffentliche Interaktion mit und unter den Bürger:innen ermöglichen. Rein abonnierende oder einseitige Verbreitungsformate (z. B. Websites oder RSS-Feeds) sind weiterhin wichtige Bestandteile der städtischen Öffentlichkeitsarbeit, erfüllen das +1-Prinzip jedoch in der Regel nicht, da sie keine öffentliche, interaktive Kommunikation ermöglichen.

Ziel: Rechtliche Verankerung von demokratischer digitaler Öffentlichkeit, Wahlfreiheit und digitaler Souveränität.

Graz kann Vorreiterin sein

In Zeiten globaler politischer Spannungen entscheidet sich demokratische Resilienz auch an digitaler Infrastruktur. Wie auch beim Wohnen, Sozialem oder Energie kann Graz zeigen: **Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hände – auch im Netz.**

- Dezentral, souverän und fürs Gemeinwohl
- Offene Netze statt Plattformzwang
- Gesunder Diskurs statt Markt
- Fediverse statt Abhängigkeit



graz.social - Verein zur Förderung ethischer Digitalkultur
Rechbauerstraße 19a/3
8010 Graz
<https://info.graz.social>